

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Ruombilge die Postanstalten entgegen. — erscheint wochentlich. Preis: 1 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagsanstalt für das Erzgebirge
Postfach Nr. 1000
Leipzig

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 188

Freitag, den 12. August 1932

27. Jahrgang

Geht Hitler in die Verantwortung?

Die Verhandlungen um die Kabinettsumbildung

Der Kanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 10. Aug. Der Reichspräsident empfing um 11 Uhr vormittags Reichskanzler von Papen zum Vortrag. Für heute nachmittag um 5 Uhr ist eine Kabinettsitzung angesetzt, auf deren Tagesordnung die Besprechung der politischen Lage steht. Das heißt also, daß das Kabinett sich über die große Frage der Regierungsumbildung aussprechen will, nachdem die Richtlinien für die weitere Gestaltung der Regierungsverhältnisse in dem Empfang beim Reichspräsidenten festgelegt worden sind. Damit haben die Bemühungen um die Klärung der innerpolitischen Lage nunmehr voll eingeleitet. Man kann wohl annehmen, daß der nächste Schritt eine Einladung des Kanzlers an Adolf Hitler zu einer Besprechung sein wird. Es verlautet, daß der Führer der Nationalsozialisten sich bereits in Berlin

Keine Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 10. Aug. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts begann um 5 Uhr nachmittags und dauerte bis in die achte Abendstunde hinein. Nachdem der Reichskanzler über seine Besprechung mit dem Reichspräsidenten berichtet hatte, haben sich die Minister über die gesamte innenpolitische Lage ausgesprochen. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Beschlüsse nicht gefaßt worden seien. Es sei nun die Aufgabe der nächsten Tage, die Situation durch Sondierungen bei Vertretern verschiedener Parteien zu klären. Dabei wird betont, daß diese Besprechungen vom Reichskanzler durchgeführt werden, wie überhaupt der Schwerpunkt der ganzen Verhandlungen augenblicklich bei ihm liegt. Zunächst hat der Reichskanzler heute auch bereits Geheimrat Eugenberg empfangen. Am Donnerstag nachmittag folgt eine Besprechung mit den Zentrumsabgeordneten Joss und Wolf und, wenn gleich ein Termin hierfür auch noch nicht angesetzt ist, rechnet man doch damit, daß am Freitag auch Adolf Hitler zunächst vom Reichskanzler und dann vielleicht auch vom Reichspräsidenten empfangen werden wird.

Damit ist zunächst die Marschroute für die nächsten Tage gegeben, und das nicht nur rein äußerlich; denn in der Betonung der Tatsache, daß der Schwerpunkt der weiteren Verhandlungen bei Herrn von Papen liegt, ist bereits der Fingerzeig enthalten, daß auch weiter nicht ein Kabinettswechsel, sondern nur eine Umbildung der Reichsregierung in Frage kommt. In politischen Kreisen sieht man die Lage heute abend denn auch keineswegs in dem Sinne an, wie sie in den Kombinationen einiger Berliner Abendblätter dargestellt wurde, als stehe die Beauftragung Hitlers mit der Kabinettsneubildung dicht bevor. Es wurde heute nachmittag auch bereits eine fertige Kabinettsliste kolportiert, in der Gregor Strasser als Reichsminister und Herr von Papen als Reichsaußenminister figurierten. Diese Kombinationen werden heute abend in gut unterrichteten politischen Kreisen als mehr als voreilig bezeichnet, und in der Tat hinterläßt der Verlauf des ganzen Tages bei ruhiger Betrachtung auch einen ganz anderen Eindruck. Die Widerstände und Schwierigkeiten, denen eine Reichskanzlerschaft Hitlers begegnet, haben sich offenbar sehr erheblich verstärkt. Dagegen hält man weiter daran fest, daß eine Beteiligung der Nationalsozialisten am Kabinett wünschenswert ist, ohne daß der Charakter des Präsidialkabinetts verwechselt wird.

Die Verhandlungen der nächsten Tage werden zeigen müssen, ob und wie weit es möglich ist, eine Uebereinstimmung zwischen den nationalsozialistischen Forderungen und diesen Grundzügen herbeizuführen. Natürlich unterhält man sich in politischen Kreisen auch bereits darüber, welche Situation durch ein Scheitern der Bemühungen um die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung entstehen würde, und zwar ist wohl anzunehmen, daß die Entwicklung dann wieder auf die parlamentarische Basis zurückversetzt sein würde. In diesem Falle wäre es wohl selbstverständlich, daß noch einmal geklärt würde, ob die Möglichkeit einer neuen parlamentarisch fundierten Mehrheitsregierung besteht. Sollte diese Prüfung negativ ausgehen, so wäre zweifellos ein Notstand gegeben, der den verantwortlichen Stellen die Pflicht auferlegte, auch unter diesen schwierigen Umständen ein geregelt und geordnetes Funktionieren des Reichs- und Staatsapparates sicherzustellen. Es muß aber betont werden, daß das alles zunächst nur Möglichkeiten sind, die man in politischen Kreisen erörtert. Selbstverständlich liegen solche Gedankengänge nahe, aber im Vordergrund steht doch der Wunsch, daß es in den Verhandlungen der nächsten Tage gelingen möge, allen Konsequenzen solcher

Art durch eine Verständigung überhaupt den Boden zu entziehen.

Hitler morgen beim Kanzler

Berlin, 11. Aug. Zu den Erörterungen über die Frage einer Regierungsumbildung bez. Regierungsneubildung wird von unterrichteter Seite mit allem Nachdruck betont, daß der Reichspräsident an der Linie, von der aus er die bisherige Regierung berufen hat, unbedeutend festhält,

Die Sondergerichte

Berlin, 10. Aug. Durch die Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 werden Sondergerichte bei den Landgerichten der Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg, Breslau, Kiel, Hamm und Düsseldorf und bei den Landgerichten in Berlin und Elbing gebildet. Die Sondergerichte sind Bezirke des Landes. Die Landesjustizverwaltung kann bestimmen, daß die Bezirke mehrerer Landgerichte zu einem Sondergerichtsbezirk zusammengelagert werden. Die Sondergerichte sind zuständig für alle politischen Verbrechen, für die Verbrechen und Vergehen der gefährlichen und schweren Körperverletzung, des Raufhandels und der Giftverbringung, für die Verbrechen und Vergehen der Freiheitsberaubung, der Nötigung und Bedrohung, für die Vergehen der Sachbeschädigung, für Vergehen betr. die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen und für Vergehen gegen das Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 und gegen das Gesetz über Waffenmißbrauch vom 28. März 1931. Die Sondergerichte entscheiden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl findet nicht statt. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. Ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ergeht nicht. Nach Eingang der Anklageschrift ordnet der Vorsitzende, falls er keine Bedenken hat, die Hauptverhandlung an. Das Sondergericht kann eine Beweiserhebung ablehnen, wenn es die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Beweiserhebung für die Aufklärung der Sache nicht erforderlich ist. Gegen Entscheidungen der Sondergerichte ist kein Rechtsmittel zulässig.

Internationaler Gerichtshof entscheidet gegen Litauen

Den Haag, 11. Aug. Der ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat heute vormittag in der von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans angängig gemachten Streitfrage wegen der von Litauen im Memelgebiet durchgeführten Maßnahmen das Urteil verkündet, das mit zehn gegen fünf Stimmen gefaßt wurde. Die sechs dem Gerichtshof vorgelegten Fragen werden dahingehend beantwortet, daß die Absetzung des Präsidenten des Memeldirektoriums unter gewissen Umständen zulässig sei, nicht aber die Begrenzung der Amtszeit der Direktoriums-

mitglieder im Gefolge haben könne. Nicht zulässig sei die Auflösung des memelländischen Landtages, die von Litauen vorgenommen worden ist.

Reichspräsident von Hindenburg wieder in Berlin

Berlin, 10. Aug. Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh, aus Neudeck kommend, um 6.55 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen.

Stimmungsänderung in England

Gegen Deutschland

London, 10. August. Wie auf ein gegebenes Stichwort beschäftigt sich heute die gesamte englische Presse eingehend mit Deutschland.

Der Ton der gegen die deutsche Politik sprechenden Kritik ist außerordentlich scharf. Die Schuld an den an sich bedauerlichen Zuständen wird überall den Nazis zugeworfen. Man begrüßt an sich die Regierungsverordnungen, fürchtet aber, daß sie nicht unparteilich angewendet werden.

Die öffentliche Meinung Englands wird zurzeit beinahe systematisch gegen das heutige Deutschland eingenommen, während zu gleicher Zeit Frankreich bedauert und gelobt wird.

Das Verständnis dafür, daß sich auf Grund der 14jährigen Unterdrückung Deutschlands Unruhezustände ausbilden mußten, läßt beiseite nach und hinter Willen wird Deutschland neuerdings wieder hart vorgeworfen.

Kein „Marsch auf Berlin“

Die Gerüchte über die SA.

Berlin, 10. August. In den letzten Tagen laufen Gerüchte über größere Zusammengehörungen von SA-Formationen um. Es wird u. a. davon gesprochen, daß in der Umgebung Berlins SA-Abteilungen von mehreren tausend Mann zusammengelagert werden.

Von zuständiger Stelle wird zu diesen Gerüchten erklärt, daß die in den letzten 48 Stunden zahlreich bei den Polizeibehörden eingelaufenen Meldungen über derartige Zusammengehörungen von SA-Deuten eingehend und mit aller Schärfe nachgeprüft worden sind, aber in keinem Falle haben sich die Gerüchte bewährt. Nur in einem Lokal in der Potsdamer Straße hielten sich 80 SA-Leute mit Tornistern auf.

Die Ausrüstung der Schutzpolizei im Regierungsbezirk mit Karabinern in den beiden vergangenen Nächten, die im Zusammenhang mit diesen Gerüchten gebracht worden ist, ist tatsächlich wegen dieser alarmierenden Nachrichten erfolgt, da die preussische Staatsregierung auf keinen Fall etwas versäumen will. Auch in der nächsten Nacht wird ein verstärkter Sicherheitsdienst für das Regierungsbezirk durchgeführt werden.

Der Aufstand in Spanien

Die Revolte niedergeschlagen

Barcelona, 10. August. Der Präsident der Generalität Kataloniens, Oberst Macia, hat an den Präsidenten der spanischen Republik und an den Ministerpräsidenten Telegramme gerichtet, in denen er sie der Loyalität der Katalonen versichert. Die hiesigen Gewerkschaften sollen beabsichtigen, falls in Katalonien sich eine monarchistische Bewegung geltend macht, den Generallandtag zu erklären.

Nacht Todesopfer

Madrid, 10. August. Bei den Zusammenstößen in Madrid sind heute früh acht Personen durch Gewehrschüsse getötet und zahlreiche Personen verletzt worden.

Paris, 10. August. Die letzten Nachrichten aus Spanien stimmen darin überein, daß abgesehen von Sevilla im ganzen Lande Ruhe herrscht. Unter den Verhafteten befinden sich u. a. die Generale Godet, Gonzales Carrasco und Cavalcanti und der Bruder des früheren Finanzministers Sotelo. In Malaga ist der Arbeitsminister im Kabinett Berenguer, Estrada, festgenommen worden.

Aus Cartagena sind fünf Torpedobootsjäger zur Unterstützung der Infanterieaktion gegen Sevilla ausgelaufen.

Ueber den Auffstandsversuch in Jerez de la Frontera wird ergänzend mitgeteilt, daß die Bevölkerung seit der Nachricht vom Aufstand der Gendarmen deren Kaserne stürmte und den kommandierenden Oberst gefangen setzte. Dieser entging nur durch das Eingreifen der Polizei der Lynchjustiz.

Ueber 200 Verhaftete

Madrid, 10. August. Nach Polizeimeldungen sind bis heute abend mehr als 200 Personen verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich viele wegen ihrer monarchistischen Einstellung bekannte Persönlichkeiten, so der Gynäkologe Professor Calvez.

Madrid, 10. August. Den Gendarmen, die in den heutigen Morgenstunden den Militärstand im Reime erstürmten, werden in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt von der Bevölkerung herzliche Kundgebungen bereitet. Der Innenminister veranlaßte die Gendarmerie im Hofe des Innenministeriums und richtete an sie Worte der Anerkennung und Dankbarkeit, die mit einem von der Truppe begeistert aufgenommenen Hoch auf die Republik ausklangen. Die Ereignisse des heutigen Tages werden allgemein als Stützung der Regierung und als Ausgangspunkt zur Sammlung der republikanischen Kräfte betrachtet.